Nr. 279 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 137

Abend-Ausgabe

1 Mark

Bezugspreis:
Vierteljährl. 150.— M., monatl. 50.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 50.— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, sowie Oesterreich u. Luxemburg 84.— M. für das übrige Ausland 102.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 16.— M. — Reklamezeile 80.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 4.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 3.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 2.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 8.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97 Expedition Moritzplatz 11753—54

Donnerstag, den 15. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Die Londoner internationale Tagung.

Am 18. Juni beginnt in London eine Konferenz der 2. Internationale, der große Bedeutung beizumessen ist und an der vermutlich Vertreter sämtlicher angeschlossenen Parteien teilnehmen werden. Die Konferenz wird zwei bis drei Tage dauern. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die Beratung der politischen Lage Europas, wozu aus allen angeschlossenen Ländern Berichte erstattet werden sollen. Man wird sich dann mit der allgemeinen Wirtschaftslage beschäftigen, insbesondere mit dem Stand des Arbeitsmarktes, der Störung des Handels durch die Aufrichtung neuer Grenzen, mit dem Reparationsproblem und den Beziehungen zu Rußland. Als dritter Punkt sollen Entwicklung und Aussichten der Internationale besprochen werden.

Dieser großen Konferenz geht am 17. eine Sitzung des Exekutivkomitees voraus. Dort wird über die Verhandlungen der Neunerkommission berichtet werden, und das Verhältnis der 2. Internationale zur Gewerkschaftsinternationale und zu Wien soll einer ausführlichen Beratung unterzogen werden.

Unsere Partei wird bei diesen Tagungen bekanntlich durch die Genossen Otto Wels und Dr. Adolf Braun vertreten sein.

England und Irland einig.

London, 15. Juni. (EP.) Die langwierigen Verhandlungen zwischen England und Irland sind gestern abend endlich abgeschlossen worden. Churchill zeigte sich sehr befriedigt von dem Ergebnis der Besprechungen und erklärte, daß der Verfassungsentwurf nun für England annehmbar sei. Dieses Abkommen wird heute morgen dem englischen Kabinett zur Genehmigung unterbreitet werden. Nach Beendigung der Kabinettssitzung wird Churchill sich nach dem Unterhause begeben, um dort die schon seit einer Woche erwartete Erklärung über die irische Frage abzugeben.

Interpellation über die Rheinbesetzung.

Paris, den 15. Juni. (WTB.) Wie die Agence Havas meldet, handelt es sich bei den Auskünften, die im Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten Doumergue von Poincaré verlangen soll, besonders um eine von Briand vor dem Ausschuß abgegebene Erklärung. Dieser soll erklärt haben, die englische Regierung sei eine Verpflichtung eingegangen, nach der sie die Nichtbezahlung der Reparationen oder der Besatzungskosten seitens Deutschlands als Grund für die Hinausschiebung der Räumung des linken Rheinufers betrachte. Der Senatsausschuß will wissen, ob diese Verpflichtung wirklich besteht.

Deutschland und der Völkerbund.

London, 15. Juni. (EP.) In einer Versamlung des parlamentarischen Komitees der englischen Vereinigung für den Völkerbund, die gestern im Unterhause 40 Mitglieder des Parlaments vereinigte, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Zulassung Deutschlands zur nächsten Völkerbundversammlung ist von großer Wichtigkeit für den Frieden Europas." Eine andere Entschließung fordert, daß auf der nächsten Völkerbundversammlung auch die Arbeiter- und die Frauenorganisationen vertreten seien.

Französische Anfrage an Amerika.

Paris, 15. Juni. ((DA.) Die französische Regierung hat durch ihren Gesandten in Washington bei der amerikanischen Regierung eine Anfrage gestellt, unter welchen Bedingungen die deutschen Guthaben in Amerika als Garantie für eine kleine internationale Anleihe von Amerika freigegeben werden könnten. Die amerikanische Regierung hat sich in ihrer mündlich erteilten Antwort darauf beschränkt, zu erwidern, daß zurzeit gemäß dem Gutachten des Anleiheekomitees die internationale Anleihe in irgendeiner Form keine Aussicht auf Verwirklichung habe. Die amerikanische Regierung würde ihrerseits in ständiger Fühlung mit den alliierten Regierungen bleiben, um den richtigen Zeitpunkt für die Begebung einer internationalen Anleihe für Deutschland nicht zu versäumen.

Paris, 15. Juni. (WTB.) Journal stellt fest, daß die Reparationskommission gestern von der ordnungsmäßigen Zahlung der am 15. Juni fälligen 50 Millionen Goldmark benachrichtigt wurde.

Die Koalitionsfrage in Italien.

Rom, 15. Juni. Wie die Agenzia Stefani meldet, wird die Frage der Mitarbeit und der Teilnahme an der Regierung innerhalb der sozialistischen Partei lebhaft erörtert. Fast sämtliche sozialistischen Abgeordneten seien im Gegensatz zur sozialistischen Parteileitung für eine Teilnahme an der Regierung. Um die Frage endgültig zu entscheiden, wird im Monat Juli ein nationaler Sozialistenkongreß einberufen werden.

Unterredung Lloyd George–Morgan.

Paris, den 15. Juni. (EP.) Wie die „Chicago Tribune" aus London erfährt, hat Lloyd George Morgan eingeladen, Ende der Woche nach Downing Street zu kommen, um mit ihm die internationale Finanzlage zu besprechen. Der Ministerpräsident wünscht von dem amerikanischen Bankier zu erfahren, welche Lösung er für die Wiederherstellung der normalen wirtschaftlichen Beziehungen vorschlägt. Er wünscht auch zu wissen, welche Stellung die amerikanischen Bankiers zu den europäischen Angelegenheiten im allgemeinen einnehmen.

Die Fundierung der Wiener Notenbank.

Wien, 15. Juni. (TU.) Gestern wurden die Verhandlungen zur Gründung einer eigenen Notenbank fortgesetzt. Es handelt sich nicht um eine Aenderung der Währung oder einen Ersatz der Krone durch eine neue Währung auf dem Wege der Abschätzung des Wertes der Note, sondern vielmehr darum, die jetzige Notenzirkulation durch Goldwerte zu fundieren. In erster Linie werden die Banken zu diesem Zwecke auswärtige Devisen und Valuten freistellen. Die Regierung wird den französischen Kredit und den zu erwartenden Kreditvorschuß seitens Italien und alle Aktiven aus der Liquidation der österreichisch-ungarischen Banken zur Fundierung der neuen Notenbank freistellen. Auch das Privatkapital soll durch besondere Sicherstellungen, wie z. B. Sparererleichterungen, Amnestien usw. dazu veranlaßt werden, Goldaktien der neuen Bank zu zeichnen. Die vollkommene Durchführung der Aktien wird noch eine gewisse Zeit dauern. Erst in einem späteren Zeitpunkt, bis die Sanierung des Budgets durchgeführt, das Gleichgewicht hergestellt und die Ausgabe neuer Noten völlig eingestellt ist, und der Geldwert wie von selbst stabilisiert wird, soll die Festsetzung des Wertes der alten Kroneneinheit gegenüber der neuen erfolgen. Dann würde die Kroneneinheit von der neuen Bank übernommen und die Fundierung der alten und der neuen Bank würde zusammenfließen und ein einheitliches Geldwesen hergestellt sein. Dazu dürfte aber ein Zeitraum von mindestens einem Jahre noch notwendig sein.

Ziffern zur Wirtschaftskrise.

Wien, 15. Juni. (WTB.) Nach einer amtlichen Feststellung sind die Kosten der Lebenshaltung vom 16. Mai bis 14. Juni d. J. um 71 Proz. gestiegen.

London, 15. Juni. (WTB.) Im Unterhause wurde von der Regierung mitgeteilt, daß die Zahl der Arbeitslosen in der am 6. Juni beendeten Woche 1 440 200 betrug.

Der russisch-italienische Vertrag.

Vom Rat der Volkskommissare abgelehnt?

Reval, 14. Juni. (RP.) Der Rat der Volkskommissare hat am 9. Juni über den in Genua mit der italienischen Regierung abgeschlossenen Vertrag folgenden Beschluß einstimmig gefaßt:

1. Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten wird beauftragt, der italienischen Regierung mitzuteilen, daß der Rat der Volkskommissare den in Genua am 24. Mai von Krassin und Tschitscherin mit Italien abgeschlossenen Vertrag nicht ratifizieren kann, denn dieser Vertrag steht in augenscheinlichem Gegensatz zu dem Beschluß der letzten Konferenz des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees. Das Komitee hat nämlich genau die Grundlagen festgesetzt, unter welchen die Sowjetregierung Verträge mit einzelnen Staaten abschließen darf.

2. Der Rat der Volkskommissare fordert das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten auf, die Verhandlungen mit der italienischen Regierung zwecks Vorbereitung eines annehmbareren Vertrages, welcher von der nächsten Konferenz des Zentral-Exekutivkomitees ratifiziert werden kann.

Anm. d. Red.: Wir geben die Nachricht mit Vorbehalt wieder.

Der Dollar ruhiger.

Am Berliner Devisenmarkt haben die Schwankungen beträchtlich nachgelassen. Der Dollar wurde heute um die Mittagsstunde mit 310 bis 311 gehandelt. Industrie und Handel zeigen neuerdings wieder eine gewisse Zurückhaltung im Hinblick auf die nächste Woche beginnenden Besprechungen des Garantiekomitees mit der Regierung. Am Effektenmarkt war das Geschäft heute ziemlich still, die Kurse sind weiter rückgängig, da die von der Spekulation erhoffte Beteiligung weiterer Schichten des Publikums am Effektengeschäft nicht eingetreten ist. Infolgedessen macht sich auch bei der Spekulation Verkaufsneigung bemerkbar.

Gegen den ungarischen Hochschulterror. Die sozialistischen und kommunistischen ungarischen Studenten im Ausland werden von der Studentenfraktion in Prag II, Myslikova 8, aufgefordert, sich bei ihr zu melden.

Die Gewerkschaften Amerikas.

Am 12. Juni ist in Cincinnati der Kongreß des Gewerkschaftsbundes der Vereinigten Staaten eröffnet worden. Die Federation of Labor, die unter der Leitung von Gompers steht, macht gegenwärtig eine Krise durch, die in Cincinnati zum Austrag, aber wahrscheinlich zu keiner Lösung kommen dürfte.

Gompers, der nun schon 40 Jahre Präsident der F. o. L. ist, repräsentiert das konservative Element, man kann sagen, das konservativste Element der gesamten Gewerkschaftsbewegung der Welt. Daß Gompers, der bereits einmal den Beitritt des amerikanischen Gewerkschaftsbundes zum Internationalen Gewerkschaftsbund angekündigt hatte und selbst im Jahre 1909 der Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen in Paris beigewohnt hat, sich dem Anschluß an die Gewerkschaftsinternationale widersetzt, ist bekannt. Er begründet dies damit, daß die Gewerkschaftsinternationale zu revolutionär sei, sozusagen bolschewistisch infiziert. Zur weiteren Charakteristik von Gompers sei noch erwähnt, daß er ein entschiedener Gegner nicht nur der staatspolitischen Anerkennung von Sowjetrußland durch die Vereinigten Staaten ist, sondern auch ein Gegner der Aufnahme von irgendwelchen Handelsbeziehungen zu Sowjetrußland. Es ist demnach überflüssig, hinzuzufügen, daß Gompers ein entschiedener Gegner des Sozialismus ist. Bei Wahlen vertritt er gewöhnlich irgendein verwaschenes Programm von „Arbeiterforderungen" und empfiehlt, für die Kandidaten zu stimmen, die für diese Forderungen einzutreten versprechen. Die Dehnbarkeit dieser Forderungen und des Gewissens der bürgerlichen Kandidaten gestattet diesen immer, zu versprechen, für das Gompers-Programm eintreten zu wollen, so daß praktisch der „neutrale" Standpunkt Gompers auf eine Empfehlung der Wahl der bürgerlichen Kandidaten hinauskommt.

Es ist daher nicht zu verwundern, wenn die amerikanische Gewerkschaftsbewegung immer mehr ins Hintertreffen kommt und wenn z. B. jüngst der Oberste Gerichtshof eine Entscheidung traf, wonach das Sherman-Gesetz zur Bekämpfung der Trusts auf die Gewerkschaften anwendbar und diese für alle Schäden, die durch Streiks usw. den Unternehmern entstehen, haftpflichtig seien.

Diese Entscheidung erinnert an jene Entscheidung des englischen Obersten Gerichtshofs aus dem Jahre 1901, die unter dem Namen Taff-Vale bekannt ist und die der Anstoß zur Gründung der englischen Arbeiterpartei war. Auch sonst hat die Situation in England im Jahre 1901 mit der gegenwärtigen Situation in den Vereinigten Staaten verwandte Züge. Dort wie hier befanden sich die Gewerkschaften im Fahrwasser der konservativen Nurgewerkschaftler. Dort wie hier gab es nur eine sehr schwache sozialistische Bewegung, ein Umstand, der die Gewerkschaften zwang, die Verteidigung ihrer Rechte gegenüber der politischen Staatsgewalt selbst in die Hand zu nehmen.

Aber diese verwandten Züge sind mehr äußerlich. In England gab es doch eine festgewurzelte Tradition der Achtung vor dem Recht, auch gegenüber Arbeitern, so daß die angezogene Entscheidung praktisch eigentlich nicht zur Geltung kam und bereits im Jahre 1906 durch ein besonderes Gesetz ausdrücklich aufgehoben wurde. In den Vereinigten Staaten kann man höchstens von einer Tradition der Gewalt und der Gesetzesverachtung bei Lohnkämpfen zu ungunsten der Arbeiter sprechen. In keinem Lande der Welt wird gegen streikende Arbeiter mit so brutaler Gewalt vorgegangen wie in den Vereinigten Staaten. Der Kohlenarbeiterstreik, der seit dem 1. April mit unverminderter Heftigkeit andauert, hat wieder durch eine Reihe solcher polizeilicher und richterlicher Vergewaltigungen der Arbeiter diese Tradition demonstriert.

Es kommt aber noch etwas anderes hinzu. Während in England wohl die Masse der Gewerkschaftsmitglieder für bürgerliche Kandidaten stimmte, waren die Gewerkschaftsführer in der Mehrheit Sozialisten. In den Vereinigten Staaten stehen aber selbst die Gewerkschaftsführer in ihrer überwiegenden Mehrheit heute noch auf dem oben gekennzeichneten „neutralen" Standpunkt. Soweit sozialistische Aufklärungsarbeit geleistet wird, stößt sie sich an dem „System" von Gompers. Mit der sozialistischen Aufklärungsarbeit steht es aber in den Vereinigten Staaten recht schlecht, besonders seit dem Kriege. Die sozialistische Partei, die jüngst der Internationale 2½ beigetreten ist, hat sich auf ihrem letzten Kongreß infolge ihrer eigenen Schwäche gezwungen gesehen, Wahlbündnisse mit linksstehenden bürgerlichen Gruppen zuzulassen, was sie früher abgelehnt hatte. Zu der organisatorischen Schwäche kommt das Fehlen eines kräftigen Nachwuchses.

Unter diesen Umständen wird es nicht überraschen, daß sich innerhalb der amerikanischen Gewerkschaften wohl eine immer heftigere Opposition gegen Gompers geltend macht, daß diese Opposition aus Mangel an sozialistischer Schulung und Führung jedoch weder einheitlich und geschlossen ist, noch selbst immer als Fortschritt gegenüber dem „System" Gompers angesehen werden kann. Diese Opposition, die hauptsächlich unter der geistigen Führung von Foster steht, der starke bolschewistische Neigungen und somit keinerlei Aussicht hat, sich

durchzusetzen, hatte den Präsidenten der Bergarbeiter, Lewis, als Gegenkandidaten gegen Gompers auf den Schild gehoben. Politisch und gewerkschaftlich unterscheidet sich Lewis aber so gut wie gar nicht von Gompers. Er hat übrigens angekündigt, daß er eine Kandidatur nicht annehme. Somit dürfte es vorläufig bei Gompers — und damit bei der Ohnmacht der amerikanischen Gewerkschaften bleiben.

Verschleppung der Zwangsanleihe?

Im Anschluß an die Bemerkungen, die der Abg. Becker-Hessen am Schlusse der Donnerstagsitzung des Reichstages machte, droht die „Zeit" in ihrer heutigen Morgenausgabe mit der Verschleppung der Zwangsanleihe, wenn der deutschvolksparteiliche Antrag über die Aenderung des Erbschaftssteuergesetzes nicht mehr vor Ende Juni erledigt würde. Das deutschvolksparteiliche Blatt sucht es so darzustellen, als ob der volksparteiliche Antrag die Erfüllung eines Teils des Kompromisses darstelle. Das ist falsch. Die Zwangsanleihe, die, nebenbei gesagt, als ein Teil der Finanzreform der Entente notifiziert wurde, ist ein Teil des Kompromisses. Sie muß jetzt erledigt werden, weil ein Teil der Eingänge der Zwangsanleihe noch für das Etatsjahr 1922 Verwendung finden muß. **Die Aenderung des Erbschaftssteuergesetzes ist von Mitgliedern der Deutschen Volkspartei als notwendig proklamiert worden, als vor Abschluß des Kompromisses über die Beckersche Denkschrift gesprochen wurde. Die Deutsche Volkspartei hat damals nur behauptet**, daß die Bestimmungen des Erbschaftssteuergesetzes der Geldentwertung angepaßt werden müßten, wenn eine solche Anpassung für andere Steuergesetze stattfinden sollte. Daß das geltende Erbschaftssteuergesetz infolge der Geldentwertung die Erben kleiner und mittlerer Vermögen hart trifft, ist nicht zu bestreiten. Der Steuerausschuß wird sich deshalb in aller Ruhe mit dem Initiativantrag der Deutschen Volkspartei befassen. Soweit wir unterrichtet sind, ist über die Behandlung dieses Antrages eine Verständigung bereits angebahnt. Zur Aufregung ist also keine Ursache. So einfach werden die Herren von der Deutschen Volkspartei von dem Kompromißpunkt der Zwangsanleihe nicht wegkommen.

Die Freunde der USP.

Die Kommunisten sind in Groß-Thüringen auf der Schreibmaschine besonders eifrig. Sie jagen jetzt ein politisches Rundschreiben nach dem anderen, die natürlich alle vertraulich zu behandeln sind, in den Kreisen ihrer Anhänger herum. Wir möchten heute aus dem, das vom 10. Juni datiert ist, abdrucken, was darin über das Verhalten der Kommunisten zur USP. gesagt ist. Es heißt da:

„Nach einigen Wochen einer gewissen taktischen Annäherung der USPD. an uns in den Betrieben, Gewerkschaften und Parlamenten ist in den letzten zwei bis drei Wochen in der USPD.-Führung wieder auf das deutlichste das Bestreben bemerkbar, sich nicht nur wieder völlig von jeder Beziehung zu den Kommunisten zu lösen, sondern einzuschwenken in die Kampfeslinie der SPD.-Bureaukratie gegen die Kommunisten. Adlers und Crispiens Verhalten in den letzten Sitzungen der Neunerkommission, die Schwenkung der neuen, angeblich radikaleren „Freiheit"-Redaktion nach rechts, das Verhalten Dißmanns beim Abbruch des süddeutschen Metallarbeiterstreiks, die Abreise Rosenfelds und Liebknechts als Verteidiger der Sozialrevolutionäre, die aktive Hilfe der unabhängigen Reichstagsfraktion für die Regierung Wirth-Hermes-Rathenau sind die äußeren Merkmale der neuesten Wendung der USP.-Politik. Diese Tatsachen fordern zur kritischen Stellungnahme heraus. Es gilt, sachlich scharf herauszuarbeiten, daß die USP.-Führung absolut und mit größter Geschwindigkeit wieder nach rechts herüberrutschen muß, nachdem sie nicht alle Kraft für die Einheitsfront und den Weltkongreß einsetzte und vielmehr glaubte, sich gegenüber den Kommunisten erneut abgrenzen zu müssen."

Was wird die „Freiheit"-Redaktion dazu sagen, daß man dem von ihr über alles geliebten Nrradikalismus der USP. bei den Komunisten durchaus nicht glauben will.

Sozialdemokratischer Parteiausschuß.

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands trat heute vormittag in den Räumen des Parteivorstandes zu einer eintägigen Beratung zusammen. Den Vorsitz führt Genosse Wels, der auch das einleitende Referat hielt. Zur Beratung stehen in der Hauptsache Organisationsfragen, in erster Linie die Vorbereitung und die Festsetzung der Tagesordnung des diesjährigen Parteitages, der am Sonntag, den 17. September, abends 6 Uhr, in der großen Musikhalle in Augsburg durch eine Begrüßungsfeier eröffnet werden soll.

Am ersten eigentlichen Verhandlungstage soll zunächst der Bericht des Parteivorstandes vorgelegt werden. Dazu werden Dr. Adolf Braun ein allegemeines Referat, Otto Wels einen Bericht über die Frage der Internationale und Bartels den Kassenbericht und den Bericht über Agitations- und Organisationsfragen erstatten. Für die Berichterstattung der Kontrollkommission ist Brühne vorgesehen, während die Reichstagsfraktion für ihren Bericht noch keinen Berichterstatter ernannt hat. Die Reichstagsabgeordnete Genossin Johanna Reitze wird ein Referat halten: „Die Sozialdemokratie im Kampfe um die soziale und wirtschaftliche Stellung der Frau", während Alwin Saenger-München über das Thema Justizreform sprechen soll.

Der Dollar stinkt nicht!

Wilhelm und seine Paladine im Solde amerikanischer Verleger.

Interessante Mitteilungen über den amerikanischen Verleger der Memoiren des ehemaligen Kaisers macht ein hiesiges Mittagsblatt. Danach hat in dem regen Wettbewerb amerikanischer Firmen das amerikanische Verlagshaus Harper (Inhaber Brainard) einen großen Vorsprung gehabt und schließlich den Sieg errungen, weil dieses Verlagshaus bereits die Erinnerungen von Hindenburg und Ludendorff verlegt hat. Brainard zahlte an Ludendorff ein festes Honorar von 40 000 Dollar und dazu 15 Prozent Gewinnbeteiligung, Hindenburg bekam nur 30 000 Dollar und ebenfalls 15 Proz. Gewinnbeteiligung. Nach dem heutigen Dollarstande beträgt allein das feste Honorar für Ludendorff 12 Millionen, für Hindenburg 9 Millionen Mark. Wilhelm hat mit 250 000 Dollar die beiden noch erheblich übertrumpft. Nicht weniger als 16 große Zeitungen sind als Unterabnehmer des Kaiserbuches gesichert, darunter eine Reihe deutschfeindliche. Gegenüber der irreführenden Behauptung der Rechtspresse, daß es sich nicht um ein Geschäft des Exkaisers, sondern des deutschen Verlegers Köhler handele, sei bemerkt, daß diesem Verlag erst von Brainard das Verlagsrecht für Deutschland überlassen wurde.

Der Sündenbock der Reaktion.

Der Landtagsbericht unserer heutigen Morgenausgabe über die Etatsrede des Genossen Hauschild enthält leider infolge eines Hörfehlers einen bedauerlichen sachlichen Irrtum. Der Bericht läßt den Genossen Hauschild sagen, daß das Verhalten des Königsberger Polizeipräsidenten nicht einwandfrei gewesen sei. Das trifft nicht zu. Genosse Hauschild hat im Gegenteil ausgeführt: Die Reaktion bezeichnet das Verhalten des Polizeipräsidenten Lübbring als nicht einwandfrei, sie suche ihn zum Sündenbock für die Königsberger Vorgänge zu machen, weil er den Zusammenstoß zwischen der Reichswehr und den Demonstranten nicht verhindert habe. **In Wirklichkeit konnte Genosse Lübbring keinerlei Vorkehrungen treffen, weil das Reichswehrkommando es nicht für notwendig erachtet hatte, den Polizeipräsidenten von der geplanten Parade und dem Ausmarsch dazu überhaupt in Kenntnis zu setzen.**

Genosse Hauschild verlas ferner den Wortlaut des Verbotes der Reichswehrbeteiligung an der Hindenburg-Demonstration. Aus dem Wortlaut dieses Erlasses geht klipp und klar hervor, daß der Reichswehr jede Art von Demonstration und jede Beteiligung an Demonstrationen untersagt war. Die nachher ausgetüftelte Ausrede, daß die Reichswehr sich nur an den Kundgebungen gewisser Verbände nicht habe beteiligen dürfen, findet in dem Wortlaut des Erlasses nicht die geringste Stütze. Tatsächlich hat die Reichswehr mit ihrer Demonstration **absolut verbotswidrig gehandelt.**

Konservierter Schmutzkübel.

Die „Deutsche Zeitung" hat sich einen Dreckschleuder-Artikel gegen den verstorbenen demokratischen Führer Konrad Haußmann ein Vierteljahr lang auf Eis gelegt, um seinen wohlriechenden Inhalt noch drei Monate nach dem Tode des Mannes über sein Grab ausschütten zu können. Wir erfahren, daß Konrad Haußmann ein „subalterner und verbissener Parteimensch", ein „berufsmäßiger Demagoge" usw. gewesen sei, alles aus keinem anderen Grunde, als weil Haußmann die Verbohrtheiten und Verranntheiten des Alldeutschtums nicht teilte, sondern bekämpfte. Wenn der Artikel der „Dtsch. Ztg." den preußischen Militarismus als „die **einzige Stütze des deutschen Staates**" bezeichnet, so ist mit diesen paar Worten die ganze Geistesrichtung, der er entstammt, zur Genüge gekennzeichnet. Es existiert ein sehr gutes Buch, „Die Tragödie Deutschlands" (Im Banne des Machtgedankens), geschrieben von einem Deutschen, in dem das Bild des machtberauschten und gewaltdelirierenden Alldeutschtums mit einer Prägnanz gezeichnet wird, daß wir hier nur darauf verweisen wollen. Zu den Gepflogenheiten dieses Alldeutschtums gehört auch die Beschmutzung eines jeden, der seine hirnverbrannten Ideen nicht anerkennen will. So ist die Beschmutzung des toten Konrad Haußmann schließlich nur eine Ehrung für den Verstorbenen.

Die deutschnationalen Freiheitsapostel.

Als die Reichsregierung nach der Ermordung Erzbergers ihren Erlaß zum Schutze der Republik herausgab, legte der damalige Oberpräsident der Provinz Westfalen, Herr v. Würmeling, sich diesen Erlaß dahin aus, daß er die Veranstaltungen sämtlicher linksradikalen Parteien und Arbeiterorganisationen generell verbot, wozu ihn die Regierungsverordnung nicht einmal formell berechtigte. Herr v. Würmeling ist inzwischen, wie der „Preußische Pressedienst" mitteilt, in den Ruhestand versetzt, sein Eraß ist aufgehoben worden.

Die „Kreuz-Zeitung" aber bringt diese Meldung unter der Ueberschrift: **„Ein Sieg der Straße."** Wie wird Ihnen zumute, Herr Chefredakteur Paul Baecker, der Sie die Deutschnationalen als die wahren Vorkämpfer der demokratischen Preß- und Vereinsfreiheit preisen?!

Die Mitgliederzahlen der USP. Die „Freiheit" ist sehr ärgerlich über uns, weil wir ihr die Stärke nicht glauben, die sie markiert. Sie weist nach, daß der von uns aus dem „Soz. Parlamentsdienst" übernommene Bericht über den Mitgliederstand der USP. vom Frühjahr des vorigen Jahres stammt. Sie behauptet, seither sei es besser geworden und die Mitgliederzahlen von damals stimmten nicht mehr mit den Tatsachen überein. Sie vergißt, sicher nur im Uebereifer, mitzuteilen, um wieviel sich der Mitgliederstand der USP. seither „gehoben" hat.

Irreführende Reklame. Den Zeitungen geht die Meldung eines „Arbeitsausschusses" zu, wonach der Zusammenschluß der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen Deutschlands zu einer „Reichseinheitsorganisation" am 1. Juli in Leipzig erfolgen soll. Wie wir erfahren, handelt es sich um einen üblen Reklametrick. Hinter dem Ausschuß steht nichts als ein unbedeutendes Grüppchen, das sich von dem im starken Zerfall befindlichen „Einheitsverband" losgelöst hat. Schon dessen Name war eine Irreführung, denn er war niemals der Einheitsverband der Kriegsbeschädigten, sondern zählte stets nur einen Bruchteil der Mitglieder, die der „Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen" vereinigt. Je kleiner aber die Trümmer werden, desto größer wird offenbar ihre Anmaßung. Jedenfalls muß die Presse energischen Protest dagegen erheben, daß eine Organisation sie mit derart irreführenden Reklamemeldungen zu falscher Berichterstattung zu veranlassen sucht.

Die kleine Entente soll nach einer Belgrader Meldung des „Matin" durch einen militärischen Garantievertrag für ihre Unversehrtheit zwischen Rumänien, Südslawien und der Tschechoslowakei befestigt werden. Die leitenden Minister dieser Staaten waren soeben in Belgrad bei einer Prinzenhochzeit beisammen. Polen soll auch einbezogen werden.

Der Volkshochschüler.

Von H. Groß.

Soeben hatte der Dozent an der Volkshochschule seine Ausführungen über das Pflanzenbestimmen beendet. Nochmals beugte sich die Zuhörerschaft über die vor ihr liegenden Bestimmungsobjekte, um die von dem Vortragenden gemachten Angaben zu überprüfen. Heute wurden Frühlingsblumen bestimmt.

Die Zuhörerschaft bestand in der Mehrzahl aus jenen Typen der arbeitenden Schichten, die nach Wissen dürsten, die versuchen, ihre durch die Schuld der alten Volksschule lückenhaft gebliebene Bildung zu vervollständigen. Zu ihnen gehörte auch der Kassenangestellte E. Schulze, der sich durch eisernen Fleiß aus den kleinsten Anfängen zu einer geachteten Stellung emporgearbeitet hatte. Er war einer der eifrigsten Schüler. Während dieser Uebungskurse war alles um ihn versunken. Es erschien ihm wie eine Weihestunde, wenn er einen Blick in die Werkstatt der Natur tun konnte, wenn der Aufbau der Pflanzen an den von den Hörern selbst gesammelten Objekten erklärt wurde.

In der nun folgenden Ruhepause, in der die Spannung der Nerven nachließ, tauchte gleich einer Vision sein früheres Leben und seine jetzige Häuslichkeit vor ihm auf. Als Volksschüler war er nach dem alten System unterrichtet worden, bei dem man die Namen der Pflanzen und Tiere nach toten Bildertafeln kennen lernte. Selten kam ein Lehrer auf den Gedanken, Naturkunde draußen in der Natur zu lehren. Es war kein Wunder, daß die meisten seiner Mitschüler keinen Blick für die Schönheiten der Natur gewannen. Er war vor dem gleichen Schicksal bewahrt worden, hatte es doch sein leider zu früh verstorbener Vater verstanden, in ihm die Liebe zur Natur zu wecken. Diese Liebe trieb ihn auch jetzt noch immer dazu, seine Freistunden in Wald und Feld zu verbringen.

Wenn er draußen die Wunder des kommenden Frühlings erlebte, packte ihn oft eine Bitterkeit gegen die alte Schule, die es nicht vermocht hatte, den Kindern die Hilfsmittel für das Verstehen der Natur an die Hand zu geben. Ihn trieb ein innerer Zwang, seine Wissenslücken auszufüllen. Oft schien es ihm zu spät: er war Familienvater und hatte schon selbst schulpflichtige Kinder.

Das Leben war hart mit ihm umgesprungen. Er hatte ihm zu oft auf Kosten seiner ungestillten Sehnsucht Konzessionen machen müssen. Zu oft hatte er Arbeitslosigkeit und Not kennengelernt. Dank der Revolution, die auch dem Proletarier den Achtstundentag brachte, war es ihm nun möglich, die Volkshochschule zu besuchen. Nun dachte er an seine Familie. Er wußte, daß bei seinem Lohn eine aus vier Köpfen bestehende Familie nur schwer aus- die ideellen Vorteile auf. Er wußte, er konnte es nicht. So wie sein Leib nach körperlicher Nahrung verlangte, schrie sein Inneres nach geistiger Labung. — Ein kurzes Mitsichzurategehen — und wieder hatte er den Kampf gewonnen.

Er nahm sich vor, es noch heute seiner Frau klarzumachen, daß er nicht anders handeln konnte. Seine Frau würde ihn ja verstehen. Dumpf fühlte er auch, daß er seinen Kindern mehr als die leibliche Nahrung schuldig war, daß sie ein Recht darauf hatten, auch geistig gesättigt zu werden. Er wollte ihnen nicht nur der Vater, sondern auch Freund und Führer sein.

Bildhauerkunst vor 25 000 Jahren. Einer der merkwürdigsten vorgeschichtlichen Funde wurde kurz vor Ausbruch des Weltkrieges in Südfrankreich am Nordfuß der Pyrenäen in der Nähe von Saint Girons gemacht. In einem Kalksteinwerk entdeckten die drei jungen Söhne des Grafen de Begouen einen engen Seitengang in einer schon früher teilweise erforschten, ziemlich ausgedehnten Höhle. Er führte sie zu einer schönen Stalaktitengrotte und von da durch einen noch viel engeren Schlund, der nur von sehr schmächtigen Menschen in Schlangenwindungen passiert werden konnte, zu einer Felsenkammer, die etwa 17 Meter lang, 9 Meter breit und 3 Meter hoch ist. In diesem tief im Innern des Berges belegenen Saale, der auch heute, nachdem Leitern und Treppen angebracht und die engsten Stellen erweitert sind, nur von schlanken Personen erreicht werden kann, lehnen an einem großen Haufen künstlich aufgeschichteten Tons zwei aus Ton modellierte große Tierfiguren, die lebensprühenden Darstellungen eines Stiers und einer Kuh des Bisons. Auf der anderen Seite des Tonhaufens fanden sich noch zwei andere, erst halbvollendete Bisonmodelle. Nach der ganzen Art der Darstellung und der Lage der Umstände ist kein Zweifel daran, daß der Künstler, der diese Tierfiguren geschaffen hat, der Crô-Magnon-Rasse angehörte, die vor 25 000 oder noch mehr Jahren einen großen Teil von Westeuropa bewohnte und in Frankreich, Belgien, Italien, der Schweiz und Mähren viele Bildhauerarbeiten hinterlassen hat. Sie stellen teils Tiere (Wildpferde, Wildochsen, Renntiere und andere Eiszeittiere), teils Menschen dar, sind aber alle aus Stein oder Elfenbein gearbeitet, während man Tonfiguren hier zum erstenmal fand. Solche konnten sich auch nur an einer so völlig abgelegenen und fast unzugänglichen Stelle in der ganz gleichmäßigen Temperatur und Feuchtigkeit des innersten Bergeingeweides erhalten. Sie sind heute noch fast so frisch wie vor 25 000 Jahren, der Ton ist noch heute samtartig anzufühlen und schmiegsam, und nur einige Sprünge durchziehen das Werk des Eiszeitkünstlers, das auf alle, die es sahen, den größten Eindruck macht.

Die einträglichen Offenbarungen. Unter den dänischen Zungenrednern gibt es ein Ehepaar, das wegen seiner Frömmigkeit und seiner großen Fähigkeiten im Zungenreden allgemein bekannt ist. Es ist der „Evangelist" Christiansen aus Slagelse und seine ten Straße gewesen sind. Frau Lissie war ursprünglich mit einem Gärtner verheiratet. Zu ihrem Unglück besuchte sie einst eine Betstunde. Diese endete damit, daß der Predikant plötzlich abbrach, zu der jungen Frau hinging und ihr erklärte, er habe eine Offenbarung gehabt, Gott habe ihm gesagt: „Nimm dieses Weib in deinen Arm und teile Gutes und Böses mit ihr!" Vor solchem Richtspruch beugte sich Frau Lissie.

Eines Tages war sie so weit „erweckt", daß sie eine Offenbarung hatte, nach der einer Ladeninhaberin, Marie Christensen, eine große Aufgabe in dem neuen Reich zuerteilt war. Marie sollte alles verkaufen, was sie besaß, den Christiansens 8000 Kronen geben und mit ihnen nach Kuba gehen, wo sie selbst die Gabe vom Himmel empfangen und Evangelist werden sollte. Marie verkaufte und reiste. In New York brauchten Christiansens wieder Geld, was zu einer neuen Offenbarung bei Frau Lissie führte, als deren Konsequenz Marie weitere 400 Dollars herausrückte. Als aber die „Gabe vom Himmel" immer noch auf sich warten ließ und ihre Barschaft zu Ende war, lieh Marie sich das Geld zur Ueberfahrt und kehrte nach Kopenhagen zurück. In Brooklyn hatte Frau Lissie inzwischen eine neue Offenbarung. Sie ging frank und frei zu einer alten Frau und erklärte ihr, Gott habe sie zu seinem Werkzeug ausersehen; sie solle dem Evangelistenpaar einige hundert Dollars geben. Die alte Dame aber hing an ihrem irdischen Mammon und es kam zu einem Wortwechsel, bei dem Frau Lissie die andere nach allen Regeln der Kunst verfluchte und ihr sagte, sie werde von nun an von allen Menschen verabscheut werden. Und diese Voraussagung ging in Erfüllung. Die alte Frau bekam es mit der Angst und suchte einen Detektiv auf. Es ergab sich, daß Frau Lissie einigen Mitgliedern der Gemeinde anvertraut hatte, die alte Dame betreibe das einträgliche Gewerbe der Engelmacherin. Nun war es mit der Geduld der Gemeindemitglieder in Brooklyn zu Ende und das Paar mußte das Feld räumen.

Der Ehrenabend für Johannes Schlaf findet Sonnabend 7½ Uhr im Meistersaale statt. Die Festrede hält Dr. Otto Ernst Hesse. Der Dichter wird persönlich anwesend sein.

Friedl Hollstein veranstaltet Sonnabend 8 Uhr im Künstlerhause zum Besten notleidender Musiklehrkräfte einen Abend „Gesang und Spiel" unter Mitwirkung von Käte Haan und der Volksbühne Norden. Neben Rezitationen und Gesangsvorträgen gelangt zur Aufführung „Das Spiel von Lanzelot".

Im englischen Seminar (Dorotheenstr. 6) spricht Freitag, den 16. Juni, abends 6½ Uhr, Sir Thomas Barclay über: The present outlook (die gegenwärtigen Aussichten). Gäste willkommen.

Der „Kußograph". Um einem tiefgefühlten Bedürfnis abzuhelfen, hat ein Professor an der Universität Kalifornien, A. W. Breitweiler, einen Apparat erfunden, mit dessen Hilfe man Küsse messen kann. Diese Wundermaschine ist imstande, in Millimetern die Erhöhung des Blutdrucks anzugeben, die durch einen Kuß hervorgerufen wird. Auf diese Weise hat der Professor eine Klassifizierung der Küsse vorgenommen und unterscheidet den

Schwarzweißroter Männerstolz.

Die reaktionären Blätter ärgern sich grün und blau darüber, daß der Reichspräsident in München als der oberste Vertreter der deutschen Republik viel sympathischer begrüßt worden ist, als sie erwartet haben. Deswegen sind sie jetzt bemüht, zu beweisen, daß es da unten in Bayern doch noch Männer gibt, die sich nicht beugen. Die „Deutsche Tageszeitung" berichtet — man höre und staune — daß der zweite Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, ein Gymnasialprofessor, nur kurze Zeit am Ehrentisch bei dem Empfang im Münchener alten Rathaus anwesend gewesen sei. Man denke, dieser stolze Mann, hat wahrscheinlich nur fünf und nicht zehn Brötchen gegessen und nur drei Maß Bier und nicht acht, wie er es vielleicht sonst gewöhnt ist, getrunken, nur um den Reichspräsidenten seine Verachtung zu zeigen. Noch furchtloser soll sich ein Landesfinanzamtspräsident benommen haben. Er war selbstverständlich bei dem Ehrenempfang des Reichspräsidenten nicht — abwesend. Aber er ließ sich nicht vorstellen. Die „Deutsche Tageszeitung" triumphiert, man könne glauben, er sei eigens gekommen, um das zu zeigen! Hoffentlich hat sich der Herr Landesfinanzamtspräsident nicht dennoch am Bier, dem er sicher aus Protest gegen den Reichspräsidenten kräftig zugesprochen haben wird, den Magen verdorben. Es wäre doch peinlich gegenüber den Parteifreunden, so intensiv protestierend an einem republikanischen Empfang teilgenommen zu haben, daß man am anderen Tage noch die Folgen merkte. Im übrigen können wir der „Deutschen Tageszeitung" verraten, daß uns die von ihr gelobten Helden außerordentlich imponieren.

Bajuvarische Erklärung.

Der Besuch Eberts und die Bayrische Volkspartei.

München, 15. Juni. (WTB.) In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Landtags gab der Abg. Held (Bayr. Vp.) eine Erklärung ab, in der es heißt: In Berliner Blättern werden Tartarennachrichten verbreitet im Anschluß an den Besuch des Reichspräsidenten Ebert in München, offenbar von Leuten, die **das Gras wachsen und die Flöhe husten hören.** Es wird eine Reihe von Behauptungen aufgestellt, die ohne jede Unterlage sind. Ich will hier feststellen: Es kann keine Rede davon sein, daß die Stellung des Grafen Lerchenfeld als Ministerpräsident irgendwie durch den Besuch des Reichspräsidenten Ebert berührt worden ist. Meine Fraktion ist außerordentlich erstaunt über die Phantasien, die hiesige Berichterstatter in Berliner Blättern niederzulegen in der Lage sind. **Die Bayerische Volkspartei war durchaus offiziell bei den offiziellen Anlässen, die sich ergeben haben, beteiligt.** Es ist falsch, wenn behauptet wird, daß meine Freunde oder ich sich gedrückt hätten. Das gilt auch besonders vom Abg. Speck. Wenn bei dem Begrüßungsabend die Herren nicht in der Lage gewesen sind, unmittelbar dem Reichspräsidenten vorgestellt zu werden, so kam das daher, daß sie darauf aufmerksam gemacht wurden, der Herr Präsident käme selbst zu ihnen und sie sollten es vermeiden, sich selbst vorstellen zu lassen. Wenn auf mich persönlich Bezug genommen wird, als ob ich absichtlich den Veranstaltungen ferngeblieben wäre, so stelle ich fest, daß ich schon seit Wochen für diese beiden Tage nach auswärts vergeben war.

Aus dem Reichspostministerium.

Der kaiserliche Stempel des Herrn Giesberts.

In Nr. 46 des Postnachrichtenblatts vom 7. Juni verfügt der Herr Reichspostminister unter Nr. 526, daß nunmehr aus allen Metall- und Gummistempeln das Wort „Kaiserlich" oder ähnliche Embleme der Vergangenheit zu entfernen sind und die Stempel vor der Aenderung nicht mehr gebraucht werden dürfen.

Es hat den Anschein, als ob diese Verfügung einige Löcher habe; denn seltsamerweise gibt es am 9. Juni 1922 noch eine „Geheime Kanzlei des Reichspostamts", die zur Stempelung von Privatverträgen

1. den Stempel „Geheime Kanzlei des Reichspostamts" mit dem kaiserlichen Adler und der bebänderten Krone und
2. den Stempel „Reichs-Postamt" mit dem kaiserlichen Adler und der bebänderten Krone benutzt.

Gelten die Verfügungen des Ministers nicht für seine nähere Umgebung? Es kann ja sein, daß die bekannten Ermittlungen des Preises für diese zwei Stempel innerhalb drei Jahren noch nicht abgeschlossen werden konnten; das wäre dann der übliche Gang und für die „Geheime Kanzlei" entschuldbar.

Das Deutschtum in Böhmen.

Prag, 15. Juni. (WTB.) Das Abgeordnetenhaus behandelte gestern die dringliche Interpellation betreffend die Aufhebung der deutschen Schulen und Schulklassen. Der deutschnationale Abgeordnete Schollech erklärte in Besprechung der Knebelung des deutschen Schulwesens, daß das Gesetz vom 3. März 1919 die ganze Gewalt in die Hand eines Bureaukraten lege, der Schulen nach eigenem Gutdünken gründen und auflösen könne. In rein deutschen Orten würden besonders kinderreiche tschechische Familien untergebracht, für die dann das beste Gebäude auf Grund des Gesetzes für tschechische Schulen beschlagnahmt werde. Es gebe auch tschechische Wanderkinder, die dem Zwecke dienen, die Notwendigkeit tschechischer Schulen in deutschen Orten zu begründen. Den Deutschen würden einfach alle Klassen, die unter 40 Kinder haben, aufgelöst. **In Böhmen seien bisher 61 deutsche Schulen mit 635 Klassen, in Mähren 111 Schulen mit 547 Klassen und in Schlesien 21 Schulen mit 105 Klassen, zusammen also 193 Schulen mit 1288 Klassen, aufgelöst worden.** Nach der geplanten neuen Schuldrosselung sollen außerdem, wie verlautet, weitere 30 deutsche Schulen aufgelöst werden.

Unterrichtsminister Srobar beantwortete die Interpellation **unter dem Beifall der tschechischen Parteien und Protestrufen der deutschen Bürgerlichen** durch Verlesung einer sehr umfangreichen Erklärung, die zum größten Teile aus statistischem Material bestand. Er sei der Ansicht, daß in der Schulangelegenheit als Quelle der Volkskultur immer die größte Ruhe und Besonnenheit bewahrt werden müsse. Die Regierung werde fest auf diesem Standpunkte stehen und sich durch nichts davon abbringen lassen.

In der sich anschließenden Debatte betonte der deutsche Nationalsozialist Abgeordneter Simm, die Deutschen würden zunächst in Form einer soliden Kampfführung versuchen, die Mehrheitsparteien von der Berechtigung ihrer Forderungen zu überzeugen. Wenn Sie, erklärte Redner, uns trotzdem nicht geben, was wir brauchen, müssen wir zu anderen Kampfmitteln greifen. Seien Sie überzeugt, daß das deutsche Volk hierzu fähig ist; dann werden wir Sense und Mistgabel ergreifen.

Vandervelde und Versailles.

In der „Iswestija" und in der „Prawda" wird das folgende Schreiben von Vandervelde veröffentlicht: „Ich habe den Versailler Vertrag unterzeichnet in Ausführung des Mandats, das ich von der belgischen Arbeiterpartei erhalten habe, und zwar habe ich ihn unterschrieben, weil er die Befreiung des Gebiets Belgiens vom Feinde sowie den Ersatz des Schadens sanktioniert, welcher durch die Verwüstung des Landes als Folge des Ueberfalls hervorgerufen worden ist, dessen Ungerechtigkeit vom Reichskanzler selbst am 4. August 1914 anerkannt worden ist. Jedoch bevor ich meine Unterschrift gab, habe ich mich dem öffentlichen Protest der belgischen Arbeiterpartei gegen die imperialistischen Punkte des Vertrags angeschlossen. Es ist auch im Versailler Vertrag selbst die Möglichkeit seiner Abänderung vorgesehen. Und eine solche Abänderung wird von den belgischen Sozialisten im vollen Einverständnis mit ihren Kameraden in Deutschland, England, Italien und Frankreich angestrebt."

•

Reval, 14. Juni. (RP.) Am 11. Juni besuchten Vertreter einiger Moskauer Betriebe die ausländischen Verteidiger der Sozialistenrevolutionäre. Vor allem wollten die Vertreter der Arbeiterschaft von Vandervelde einige Auskünfte über den Prozeß erhalten. Doch die Arbeiter wurden von der vor dem Hause stehenden Miliz (bolschewistischen Polizei) angehalten und wurden zu den Ausländern nicht zugelassen.

Kampf um die Zeitungskioske.

Die Bahnhofskioske sind heute eine öffentliche Macht. Der Reisende unterliegt dem Zwange der von jenen Zeitungs- und Bücherverkaufsstellen gebotenen geistigen Kost. Für bestimmte Verlage und Händlerunternehmungen ist es eine Lebensfrage, die Kioske in ihren Händen zu behalten. So ist jetzt der bekannte Eisenbahnbuchhandel Stilke drauf und dran, seine vielen laufenden kleinen und einzelnen Pachtverträge umzuwandeln. Daß dabei Stilke der klügere Kaufmann ist, und die Eisenbahnverwaltung etwa drei Meilen hinter dem Monde lebt, ist selbstverständlich. Das ist ja der allein seligmachende Zustand bei vielen unserer Behörden. Lustig ist nun, anzusehen, wie sich verschiedene Großinteressenten jetzt mit Herrn Stilke in die Haare bekommen haben. Die „Vossische Zeitung" plauderte im Tone sittlicher objektiver Entrüstung die interessantesten Einzelheiten über die Art aus, in der Herr Stilke die Eisenbahnverwaltung über den Löffel barbiert. Darauf antwortet Herr Stilke und stellt fest, daß Herr — Ullstein ihm noch am Tage vorher vorgeschlagen habe, sich doch in die Befriedigung der literarischen Bedürfnisse des Publikums zu teilen. Dazu habe er aber keine Neigung, zudem Ullstein ja nur die eigenen Verlagsschmöker und sonstiges Zeug, an dem sehr viel verdient werde, durch die Kioske in die Oeffentlichkeit pressen wolle. Sofort meldet sich von anderer Seite her eine Stimme, die sagt: Dieser Stilke, der in Berlin auf 30 Bahnhöfen sitze, zahle dafür lumpige 270 000 M., während er aus dem Geschäft rund 30 Millionen einnehme. Ueberdies vertreibe Stilke bloß solche Bücher, bei denen ihm vom Verleger 50 Proz. Rabatt gewährt werde, zudem gehe er nie auf die Wünsche seiner Filialen ein. Sie bekämen nicht das, was sie wünschten, sondern müßten das nehmen, was er liefere. Außerdem sei er mit dem „Lokal-Anzeiger" und der „Ala" (Hugenberg) versippt und gebe eine Verkehrszeitschrift heraus, die niemand lese, in der dafür aber die Oberregierungsräte vom Verkehrsministerium gegen hohes Honorar Artikel schreiben dürften.

Wir hören auch immer wieder aus dem Reiche, daß der Bahnhofsbuchhandel den „Vorwärts" nicht gerade eifrig verkauft. Hier können aber die Freunde unseres Blattes einiges ändern.

Dem Reichsverkehrsministerium wäre zu empfehlen, einmal sämtliche Interessenten, die sich um die Bahnhofskioske bewerben, einzuladen, damit jene sich vor ihm gegenseitig ihr Herz ausschütten. Vielleicht bekommen die für die Pachtverträge verantwortlichen Beamten dabei einige Ahnung, was man mit dem Fiskus vorhat.

„Schwarzmieter".

Die Zwangsräumung von Wohnungen.

Es mehren sich in letzter Zeit die Fälle, so schreibt uns das Städtische Zentralamt für Wohnungswesen, in denen Personen, die ohne Genehmigung des Wohnungsamtes sich in eine Wohnung gesetzt haben, zwangsweise wieder daraus entfernt werden. Sehr häufig haben sich die Betreffenden bei der Suche nach einer Wohnung eines Vermittlers oder eines Vermittlungsinstitutes bedient und diesem, sowie den gewöhnlich vorhandenen Nachmännern oft sehr erhebliche Beträge für den „Nachweis" der Wohnung gezahlt. Dazu kommt, daß der alte Mieter in den meisten Fällen seine Wohnung nur dann aufgibt, wenn ihm der Wohnungsuchende „Abstand" zahlt, der oft in die Hunderttausende geht, und außerdem die Wohnungseinrichtung zu Wucherpreisen übernimmt. Hat nun der Wohnungsuchende alle diese Zahlungen geleistet und ist er unter Umgehung des Wohnungsamtes — in den meisten Fällen als „Untermieter" — in die Wohnung eingezogen, so fühlt er sich geborgen und läßt in sehr vielen Fällen die Wohnung, die er schon unter erheblichen Opfern erkauft hat, nach seinem Geschmack und auf seine Kosten herrichten. Inzwischen ist ein Viertel-, ein Halbjahr, oft auch eine längere Zeit vergangen, ohne daß der „Schwarzmieter" vom Wohnungsamt irgendwie belästigt worden wäre. Eines Tages kommt nun, wie ein Blitz aus heiterem Himmel, vom Wohnungsamt die Aufforderung, die Wohnung innerhalb einer bestimmten Frist zu räumen mit dem Hinzufügen, daß diese Räumung, falls der Aufforderung nicht nachgekommen wird, auf Kosten des Wohnungsinhabers durch das Wohnungsamt zwangsweise erfolgen wird. Es liegt im eigensten Interesse der Wohnungsuchenden, wenn sie unter Umgehung des Wohnungsamtes keine Wohnung, auch nicht als Untermieter, beziehen. Andernfalls bereiten sie sich nur erhebliche Unkosten und Aerger, ohne endgültig in den Besitz einer Wohnung zu gelangen. Denn wenn sie sich ohne Genehmigung in die Wohnung gesetzt haben, so haben sie, wie schon oben gesagt, täglich, auch nach Ablauf eines halben Jahres oder gar längerer Zeit damit zu rechnen, daß sie zwangsweise wieder daraus entfernt und als „Schwarzmieter" in der Liste der Wohnungsuchenden gestrichen oder in die Liste nicht aufgenommen werden.

Leichenteilfund bei Hohen-Neuendorf.

Ein menschlicher Kopf im Paket.

Auf einen geheimnisvollen Mord läßt ein grausiger Fund bei Hohen-Neuendorf schließen. Ein Knabe aus dem Ort stieß am vergangenen Sonnabend beim Baden im Kuhpfuhl, einem Teich zwischen Hohen-Neuendorf und Bergfelde, auf Knochen, an denen noch Fleisch haftete. Er machte der Polizei keine Anzeige, weil er annahm, daß Angler, die die Knochen ebenfalls sahen, das tun würden. Diese unterließen es aber, und so kam der Fund erst gestern nachmittag durch den Knaben zur Kenntnis der Ortspolizei. Als sich die Beamten nunmehr nach dem Teich begaben, fanden sie außer den Knochen, von denen sich inzwischen das Fleisch gelöst hatte, auch noch ein Paket von Pack- und Zeitungspapier, das auf dem Wasser trieb. Es enthielt einen menschlichen Kopf, der auch schon länger im Wasser gelegen hat, aber doch auch die Fleischteile noch aufwies. Der Kopf gehört ohne Zweifel zu den Knochen, die auf dem Grunde des Wassers lagen. Er hat schwarzes Haar und stammt nach der vorläufigen Untersuchung von einem Burschen von etwa 16 bis 17 Jahren. Nach den bisherigen Ermittlungen der Ortspolizei stammt der Tote nicht aus Hohen-Neuendorf oder der näheren Umgebung. Im Laufe des heutigen Tages erschient eine Gerichtskommission aus Oranienburg am Fundort, um die Leichenteile zu besichtigen. Auch die Berliner Kriminalpolizei ist von dem geheimnißvollen Verbrechen, das aller Wahrscheinlichkeit nach vorliegt, benachrichtigt worden.

Explosion in einer geheimen Schnapsbrennerei.

Die Berliner Feuerwehr wurde heut früh wegen einer Explosion in einer geheim betriebenen Schnapsbrennerei nach der Usedomstraße 26 alarmiert. Die Schnapsbrennerei war in einem Keller untergebracht, wo auch Liköre hergestellt wurden. Als die Feuerwehr erschien, brannten Körbe, die Einrichtung und Sprit. Decken und Türen waren zertrümmert oder eingedrückt. Mehrere Personen, die nicht mehr angetroffen wurden, sollen Verletzungen erlitten haben. Durch kräftiges Löschen gelang es, den Brand auf den Keller, der ausgebrannt ist, zu beschränken.

Der Aktendiebstahl in Sachen Franz.

Der mysteriöse Aktendiebstahl im Moabiter Kriminalgericht, der seinerzeit großes Aufsehen erregt hatte, wird am kommenden Mittwoch vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Aburteilung gelangen. Wegen Diebstahls in Verbindung mit Vergehen gegen den § 133,2 St.G.B. (Entwendung aus amtlichem Gewahrsam) ist der Kaufmann Gerhard Senger aus Friedenau angeklagt. Wie der Angeklagte in seinen früheren Vernehmungen erklärt hatte, habe er eines Tages die Bekanntschaft zweier Leute gemacht, die ihm erzählten, daß viel Geld zu verdienen sei, wenn man bestimmte Akten beschaffte. Er sei anfangs nicht darauf eingegangen, später aber doch nach dem Gericht gegangen und habe den Sekretär der Staatsanwaltschaft III aufgesucht, der die Sache bearbeitete. Diesem habe er erklärt, er sei Verwandter eines in der Sache Franz geladenen Zeugen, der nicht erscheinen könne. Der Beamte nahm ahnungslos die Akten aus dem Fach und machte die notwendige Eintragung. Am nächsten Tage waren die Akten verschwunden, die von dem Beschuldigten Franz selbst dem Staatsanwaltschaftsrat Dr. Steinbrecher wieder überbracht wurden. Der aufgetauchte Verdacht, daß Franz selbst den Diebstahl inszeniert habe, um auf diese Weise Kenntnis von dem Akteninhalt zu erhalten, hat sich nicht aufrechterhalten lassen. Es wird angenommen, daß die Verhandlung selbst die noch immer etwas dunkle Angelegenheit etwas aufklären wird. Wir werden über den Prozeß berichten.

370 000 gestohlene tschechische Kronen.

Die Berliner Kriminalpolizei sucht zurzeit eine Bande verwegener Geldschrankknacker, die in Marienbad einen Einbruchsdiebstahl in die Posthauptkasse verübt haben. In der Nacht zum 31. Mai wurde die Hauptpost, in deren Tresor sich in der fraglichen Nacht die Gehälter für die Beamten befanden, um dieses Geld beraubt. Die Einbrecher hatten sich eingeschlichen und von einem Versteck innerhalb des Gebäudes aus die Zugänge zu den Tresorräumen und den Tresor selbst erbrochen, wobei sie in Kuverts rund 370000 tschechische Kronen erbeuteten. Es wird angenommen, daß sich die Diebe zur leichteren Unterbringung ihrer Beute nach Deutschland, wahrscheinlich nach Berlin gewendet haben. Daher warnt die Berliner Kriminalpolizei davor, größere Mengen zum Kaufe angebotener Kronen-Banknoten der Tschechoslowakei anzukaufen, und bittet unter Hinweis auf die zur Ergreifung der Täter ausgesetzte Belohnung Vorgänge, die zur Ergreifung der Täter führen könnten, der Berliner Kriminalpolizei, Dienststelle B 16, sofort mitzuteilen.

Fliegender Altpapierhandel.

Immer häufiger sieht man jetzt in den Straßen Groß-Berlins kleine oder größere Wagen auftauchen, mit der Aufschrift: „Hier werden alte Zeitungen, Papier, Lumpen und Flaschen gekauft." Während bis jetzt die Papier- und Lumpensammler von Haus zu Haus, von Hof zu Hof zogen und sich die Kehle heiser schrien nach „Lumpen, Alteisen, Papier und Flaschen", haben die Produktenhändler jetzt kleine fliegende Filialen aufgemacht, die die dringend benötigten Rohstoffe, vor allem gebündelte Zeitungen aufsaugen. Die Nachfrage nach Altpapier wird immer stärker, und die Preise zeigen noch immer, trotz einzelner Schwankungen, eine achtunggebietende Höhe. Für das Kilo gebündelter Zeitungen werden 4,50 M. bis 5 M. gezahlt, in den Vororten allerdings fast immer 1 M. für das Kilo weniger als in Berlin selber. Hingegen wird in einzelnen Warenhäusern und Detailgroßgeschäften für glattliegendes unzerrissenes Zeitungspapier im ganzen Bogen 1 M. bis 1,50 M. für das Kilo mehr gegeben als in den Berliner Produktenhandlungen. Auf diese Weise kann die Hausfrau am Monatsende durch Verkauf der alten Zeitungen das Abonnementsgeld für den neuen Monat etwas ermäßigen.

Der Hund als Lebensretter. In Baumschulenweg war über Nacht ein Laden-Wachhund infolge durchdringenden Gasgeruches unruhig geworden. Er bellte so anhaltend, daß die Nachbarn einen Einbruch vermuteten und die Polizei alarmierten. Man fand aber in der an den Laden anstoßenden Küche die bewußtlose jugendliche Schwägerin des Ladeninhabers, die versucht hatte, sich mit Leuchtgas zu vergiften.

Zwei falsche Krankenschwestern werden von der Kriminalpolizei wegen Diebereien gesucht. Eine Dame aus Berlin erlitt an der Ecke der Leipziger und Mauerstraße einen Unfall. Hilfsbereit sprang ihr eine Frau bei, die sich Krankenschwester Elfe Klein nannte, brachte sie nach Hause und pflegte sie dort 14 Tage lang. Nachdem die „Schwester" sich verabschiedet hatte, entdeckte die Dame, daß sie von ihr gründlich bestohlen worden war. — Eine angebliche Margarete Jäger hält sich in Schwesterntracht zur Zeit der Gottesdienste in der Nähe der Kirchen auf. So lernt sie Kirchenbesucherinnen kennen und erzählt ihnen, daß sie von Königsberg in Ostpreußen hierher gekommen und in Not geraten sei. Mildtätige Frauen lassen sich durch die Schilderungen ihrer Notlage bewegen, ihr ein Obdach zu gewähren. Dort benutzt die falsche Schwester die erste Gelegenheit, sie zu bestehlen, um mit der Beute zu verschwinden. Vor den beiden Schwindlerinnen wird dringend gewarnt.

Berliner Männergesangvereine veranstalten, wie bereits gemeldet, in der Woche vom 18. bis 24. Juni nachstehende Platzkonzerte. 18. Juni, 2—3 Uhr, Weißensee, Uferpromenade, und 5—6 Uhr, Neukölln, Reuterplatz, 19. Juni, 7½ bis 8½ Uhr, Neukölln, Körnerpark, 20. Juni, 7—8 Uhr, Luisenplatz, Charlottenburg, 8—9 Uhr, Viktoriapark, Kreuzberg, 8—9 Uhr, Humboldthain, 8—9 Uhr, Kleistpark, 22. Juni, 8—9 Uhr, Lichtenberg, Stadtpark, 8—9 Uhr, Neuer Markt (Lutherdenkmal), 24. Juni, 8—9 Uhr, Reinickendorf-West, Turnplatz der freien Turnerschaft, 8—9 Uhr, Arnimplatz, N. 113.

Eine pädagogische Sprechstunde für schwerhörige Kinder hält der Leiter der Schwerhörigenschule mit Ausnahme der Ferien an jedem Mittwoch und Sonnabend von 12 bis 1 Uhr in der städt. Schwerhörigenschule, Kirchhofstraße 5, ab, in welcher den Angehörigen von schwerhörigen, ertaubten und taubstummen Kindern unentgeltlich Rat und Auskunft erteilt wird.

Einweihung der „Sternbrücke" in Magdeburg. Gestern wurde die neue Sternbrücke eingeweiht und dem Verkehr übergeben. An der Brücke, die im Schmucke der Reichsfarben und Stadtfarben prangte, hatte sich eine vieltausendköpfige Menschenmenge eingefunden. Das städtische Orchester eröffnete die schlichte Feier mit dem Vorspiel aus den „Meistersingern". Als erster Redner bestieg Oberpräsident Hörsing die Tribüne und beglückwünschte die Stadt zu dem vollendeten Werke. Oberbürgermeister Beims übernahm alsdann das Bauwerk aus der Hand der Bauleitung mit herzlichem Dank an alle, die unter mancherlei Fährlichkeiten das große Werk zustande gebracht haben.

Gewerkschaftsbewegung

Verhandlungen in der Berliner Metallindustrie?

Wie die VS.-Korrespondenz berichtet, besteht trotz der Ablehnung des Schiedsspruches noch die Hoffnung auf eine Verständigung zwischen den Parteien. Der Metallarbeiterverband hatte sich mit dem Verband der Berliner Metallindustriellen in Verbindung gesetzt, um eine Aussprache herbeizuführen. Heute mittag werde eine Zusammenkunft stattfinden.

Neue Lohnbewegung der Holzarbeiter.

In der Vertrauensmänner- und Betriebsräteversammlung aller Branchen des Deutschen Holzarbeiterverbandes am Mittwochabend in der Böhow-Brauerei, sprach Böse über die wirtschaftliche Lage in der Holzindustrie. Er führte im wesentlichen etwa folgendes aus:

Es soll unsere Aufgabe sein, festzustellen, wie die wirtschaftliche Lage der Industrien ist, die für unseren Verband in Frage kommen und inwieweit die Arbeitslöhne dieser Lage und den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt sind. Ein leichter Rückgang war allerdings in der Exportindustrie zu verzeichnen. Aber es macht den Eindruck, als ob künstlich damit angehalten wurde. Das Gros unserer Betriebe ist in voller Beschäftigung.

Die Lohnverhältnisse sind zweifellos nicht dazu angetan, den heutigen Teuerungsverhältnissen gegenüber standzuhalten. Auf dem Fleischmarkt herrschen Preise vor, die zu einer Katastrophe führen müssen, und auch die Getreidepreise haben zum Teil den Weltmarktpreis schon überschritten. Es ist zu befürchten, daß die schon so hohen Brotpreise noch weiter steigen werden. Nach den Friedenslöhnen von etwa 38 M., müßten heute ganz andere Löhne gezahlt werden. Es handelt sich nun darum, einen gerechten Ausgleich zu schaffen, und zwar zunächst für diejenigen Branchen unseres Verbandes, die der Hilfe am dringendsten bedürfen. Das sind Groß-Berliner Holzindustrie, Goldleisten- und Rahmenindustrie und die Kamm- und Haarschmuckbranche. Zunächst ist zu beschließen, ob die Tarife für diese Branchen zu kündigen sind. Dann darüber, ob folgende Vorschläge, die von der engeren Kommission gemacht worden sind, angenommen werden sollen:

Für die Groß-Berliner Holzindustrie 25, die Goldleisten- und Rahmenindustrie 35 und die Kamm- und Haarschmuckbranche 42 Proz. Zuschlag auf die Tariflöhne. Das würde einer Lohnerhöhung um 7 M., 8,40 M. und 9,55 M. gleichkommen.

Die Kündigung zu Ende Juni würde den Arbeitgebern sofort mit den Forderungen einzureichen sein.

Von einigen Rednern wurden in der Aussprache höhere Zuschläge befürwortet, schließlich stimmte aber die Versammlung der Kündigung und den vorgeschlagenen Forderungen zu. Die Verhandlungen sollen in aller Kürze aufgenommen werden.

Einstimmig wurde ferner eine Resolution angenommen, die vom ADGB. verlangt, die Teuerung und den Wucher energisch zu bekämpfen und ein Verbot der Ausfuhr von Lebensmitteln zu fordern.

Die Notlage der Uhrmacher.

In der gut besuchten Versammlung der im Metallarbeiterverband organisierten Ladenuhrmacher am Mittwoch abend (im Klubhaus, Ohmstr. 2), entwarf der Vertreter des Verbandes, Kahmann, ein Bild von der augenblicklichen Lage im Uhrmachergewerbe. Die bisher gezahlten Löhne können in keiner Weise als zureichend bezeichnet werden. Den Heimarbeitern — und viele Uhrmacher können nur durch Heimarbeit die zur Unterhaltung des nackten Lebens notwendigen Mittel erwerben — werden noch Löhne von 15, 16 und 18 M. gezahlt. Dabei sind sie gezwungen, mit eigenem Werkzeug, das gegenwärtig einen Wert von 30 000 bis 40 000 M. besitzt, zu arbeiten. Die Indexziffern, die meist bei den Lohnverhandlungen zu Rate gezogen werden, geben nicht das wahre Bild der Lebensverteuerung. Die Versammlung beschloß, bei den bevorstehenden Verhandlungen einen Lohnsatz von 25 M. zu fordern. Eine Anzahl von Versammlungsteilnehmern, unter der Führung von Kahmann, werden die Auffassung der im Metallarbeiterverband organisierten Berufskollegen in der am Freitag im Rheingold stattfindenden Arbeitgeberversammlung vertreten. Wenn die Ladenuhrmacher solidarisch zusammenstehen, so führte der Referent aus, wird es gelingen, auch ihnen zu einer menschenwürdigen Existenz zu verhelfen. Mit der Aufforderung, die zum 23. Juni in den großen Saal des Gewerkschaftshauses einberufene Versammlung der Mechaniker, Optiker und Uhrmacher, in der die Landtagsabgeordnete Christmann-Elberfeld-Barmen sprechen wird, zu besuchen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Ein besonders krasser Fall von Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft wurde unserem Berichterstatter geschildert. Bei Rudolf Flume, der größten Firma Europas in der Uhrenindustrie, erhielt ein verheirateter Arbeitnehmer mit einem Kind im Mai d. J. ein Monatsgehalt von 3149 M. (ohne Abzüge); ein lediger Angestellter, der zwei Jahre bei der Firma beschäftigt ist, erhielt ein solches von 2500 M. (d. i. ein Stundenlohn von ca. 12 M.!) Die Lohnbescheinigungen haben unserem Berichterstatter vorgelegen. Es dürfte allerhöchste Zeit sein, den skandalösen Zuständen im Uhrmachergewerbe ein Ende zu bereiten.

Löhne der Landschaftsgärtner.

Die Landschaftsgärtner waren am Mittwoch abend sehr zahlreich im Gewerkschaftshaus versammelt, um den Bericht über das Ergebnis der mit den Arbeitgebern gepflogenen Lohnverhandlungen entgegenzunehmen, der von Bernotat gegeben wurde.

Gefordert wurden: Ab 1. Juni für Gärtner im ersten Jahre der Branchentätigkeit 25 M., nach einjähriger Tätigkeit 26 M., für Obergärtner und Anlagenleiter 27,50 M., für Arbeiter 24 M., für Arbeiterinnen 15,50 M. Stundenlohn.

Die Arbeitgeber haben nur für Gärtner 1 M., Anlagenleiter 2 M. und für Arbeiter 50 Pfg. Zulage zu den bestehenden Stundenlöhnen (20,50 bzw. 21 M. für Gärtner, 22 M. für Obergärtner und Anlagenleiter und 19,50 M. für Arbeiter) geboten. Die Frauenlöhne wollten sie nicht erhöhen.

In der Aussprache drückten mehrere Redner ihre Entrüstung über ein derartig geringes Angebot in scharfen Worten aus. Nach einem Schlußwort Bernotats wurde beschlossen, das Angebot anzunehmen mit dem Vorbehalt, sofort weitere Verhandlungen auf Grund der eingereichten Forderungen einzuleiten.

Internationaler Holzarbeiterkongreß.

Am zweiten Verhandlungstage des Internationalen Holzarbeiterkongresses wurde das Ansuchen des allrussischen Holzarbeiterverbandes um Zulassung zur Internationalen Union der Holzarbeiter mit 59 gegen 11 Stimmen abgelehnt. In der Resolution erklärte sich der Kongreß vorbehaltlos zum Anhänger der Taktik und Methoden, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam angewendet und verteidigt werden. Der Kongreß beschloß ferner, daß an die Internationale Union der Holzarbeiter Verbände angeschlossen sein können, die an eine dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossene Gewerkschafts-Zentrale angegliedert und bereit sind, zu erklären, daß sie mit der roten Gewerkschafts-Internationale und dem Propagandakomitee der roten Moskauer Holzarbeiter-Internationale keinerlei Beziehungen haben. Gegen die Resolution stimmten vier Italiener, zwei Engländer, zwei Schweizer und ein Norweger.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Morgen, Freitag: Gruppe Oele und Fette. Gruppenversammlung 7 Uhr im Lokal von Prosser, Michaelkirchstr. 9a. Bericht von der Lohnverhandlung. — Gruppe Dampfkutscher. Versammlung 6 Uhr im Lokal von Fenfara, Melchiorstr. 15. Bericht der Lohnkommission. — Bretterträger, Platzarbeiter und Kutscher aus den Holzhandlungen Groß-Berlins. Vollversammlung 7 Uhr in den Residenz-Festsälen, Landsberger Str. 31. — Textilbranche, Handelshilfsarbeiter und -Arbeiterinnen. Branchenversammlung 6 Uhr in den Sophien-Sälen, Sophienstraße. Achtung, Mustermacherinnen, Aufmacherinnen! Der neue Tarif für den gesamten Großhandel kann im Bureau abgeholt werden. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt zu diesen Versammlungen.

9. Verbandstag der Schuhmacher.

Hundert Delegierte, die besoldeten Mitglieder des Zentralvorstandes und der Redaktion, die Bezirksleiter und Betriebsrätesekretre und der Vertreter des Ausschusses bilden das Parlament der Schuhmacher, das Montag im Münchener Gewerkschaftshause eröffnet wurde. Die Berufsorganisationen sechs außerdeutscher Länder: Belgien, Tschechoslowakei, Dänemark, England, Frankreich und Oesterreich haben Vertreter entsandt; von deutschen Körperschaften der ADGB. und der Werkmeisterverband der Schuhindustrie. Die anwesenden beiden Vertreter des Lederarbeiter- und des Sattlerverbandes wurden wegen Tarifverhandlungen abberufen.

Die ausländischen Gäste gaben Bilder ihrer Landeszustände: zwei Millionen Arbeitslose in England, dazu die auf der ganzen Linie einsetzenden antisozialen Vorstöße des Unternehmertums. Seine versuchten Arbeitszeitverlängerungen seien jedoch vollständig abgeschlagen worden, leider nicht restlos die Lohnkürzungen. — In Frankreich, unter dem Druck der Krise, die gleiche Haltung des Unternehmertums, aber auch dort der gleiche bisher von Erfolg gekrönte Abwehrkampf der Arbeiterschaft. — Auch die Schilderungen aus den übrigen Ländern klangen in die Darstellung aus, daß die Arbeiter sich rüsten und national wie international zu starker ideeller wie materieller Opferwilligkeit bereit sein müssen, um die Absichten des einen stärker organisierten und kartellierten Block als je darstellenden Unternehmertums abzuschlagen. Gelinge dies nicht, so werde der Lohnabbau (dem übrigens in verschiedenen Ländern ein gewisser Abbau der Lebenshaltungskosten nebenhergeht) viel größer werden, als die Unternehmer es bis jetzt durchsetzen konnten.

Nach warmen Begrüßungsworten auch der Vertreter der deutschen Körperschaften gab Verbandsvorsitzender Simon den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes und über die Verbandsentwicklung. Er berief sich auf die vom Vorstand herausgegebenen beiden ausführlichen Jahrbücher, aus denen wir wesentliche Daten bereits im Vorbericht brachten, und besprach dann zur Hauptsache zwei Punkte: die Anstellung von Betriebssekretären und den Reichslohntarif. Der Vorstand hat mit Zustimmung des Verbandsbeirats zwei Betriebsrätesekretäre angestellt. Deren Tätigkeit wird lobend anerkannt.

In der Tarifbewegung ist es immer noch nicht gelungen, einen Reichstarif für die Schaftarbeiter abzuschließen, dagegen ist der Reichstarif für die Schuhindustrie in diesem Frühjahr auf die Dauer von zwei Jahren erneut abgeschlossen worden. Nicht zu restloser Zufriedenheit aller. Simon wog die Vorteile und Nachteile gegeneinander ab und hob schließlich zu bedenken hervor, daß der Schneide gestanden, zum Abschluß gekommen, einstimmig, also auch vom Verbandsbeirat, angenommen worden sei. Der Verbandstag habe jetzt zu entscheiden, müsse vor allem auch die vorgekommenen wilden Streiks grundsätzlich und entschieden verurteilen, die Konsequenz wäre sonst, daß der Verbandstag zur Aufhebung des Tarifs kommen müsse.

Hauptkassierer Lex berichtete über die finanzielle Entwicklung des Verbandes, von der wir ebenfalls bereits im Vorbericht Notiz nahmen. Hauptkasse und Lokalkassen zusammen enthalten 18 Millionen. Der Betrag ist hoch, jedoch bei der heutigen Geldentwertung nicht ausreichend. Der Verbandstag müsse deshalb auf Beschlüsse bedacht sein, die eine nachdrückliche Stärkung der Kasse herbeiführen.

Der Bericht des Ausschußvorsitzenden W. Haupt-Magdeburg erstreckte sich auf rein innere Verbandsangelegenheiten.

21. Verbandstag der Brauer und Müller.

2. Verhandlungstag.

Dresden, 13. Juni.

In der Diskussion über den Geschäftsbericht wünscht Supper-Bielefeld Förderung der Verschmelzungsfrage. Zeitler-München erklärte, die Frage der ungenügenden Beteiligung an der Agitation hänge zusammen mit dem Verhältnis, in dem die Organisationsleitung zu den Betriebsräten steht. Baumann-Leipzig tritt ein für wirtschaftliche und Fachausbildung der Betriebsratsmitglieder. Mit der Haltung der „Betriebsrätezeitung" des ADGB. ist er nicht einverstanden. Daß der Hauptvorstand bei der Mißachtung der Gewerkschaftssatzungen in Halle eingegriffen hat, halte er für richtig, aber in der Durchführung der 10 Punkte des ADGB. hätte er auch mehr tun müssen. Bienkowski-Danzig sagt,

der Radikalismus schädigt die Organisation.

Er erklärt die ungenügende Beteiligung der Betriebsarbeiter an der Agitation mit der Inanspruchnahme so vieler tüchtiger Kräfte auf vielen anderen Gebieten der Arbeiterbewegung, der Sozialgesetzgebung usw., trotzdem müssen andere Kräfte einspringen. Die Beitragsregelung müsse ausgiebig erfolgen. Ertl-München führt aus, daß Parteipolitik in den Gewerkschaften nicht getrieben werden dürfe. Die Betriebsräte sind nicht untergeordnet, sondern eingeordnet in die Organisation: sie ziehen mit uns an einem Strange. In der Frage der wilden Streiks teile er die Auffassung des Vorstandes. Huber-Köln rügt, daß der Verband mit den Beiträgen so sehr zurückgeblieben sei; dadurch leide die Organisationstätigkeit. Bei der Streikgenehmigung könne man nicht am starren Buchstaben festhalten. Laub-Mainz wünscht, daß die Institutionen nach dem Betriebsrätegesetz und die Zeitschriften für das Schlichtungswesen mehr Beachtung finden. Kleinfeld-Königsberg hält es für notwendig, daß

mehr für die Ostpreußen getan werde.

es werde sich lohnen. Kandlbinder-München verteidigt die Tätigkeit des Verbandsbeirats, der sich teilweise durch die notwendigen Beitragserhöhungen unbeliebt gemacht habe; aber darin hat der Verbandsbeirat zu wenig getan. Mit dem Betriebsrätedezernat ist er einverstanden. Preißer-Bochum sagt, es sei nicht richtig, daß die Kollegen in den Betrieben überhaupt nicht agitieren; die meisten sind allerdings nicht dafür zu haben, sie werden wieder wach werden, wenn der Druck durch die Unternehmer wieder größer wird. Verschiedene Redner tragen mehr örtliche Wünsche vor.

Im Schlußwort geht Vorsitzender Backert auf die verschiedenen kritischen Einwendungen ein. Die Anträge, die sich auf die Gründung eines Lebens- und Genußmittel-Industriearbeiterverbandes beziehen, werden durch Beschluß dem Verbandsvorstand als Material überwiesen. Weiter wurde ein Antrag angenommen, der die Delegierten zum Gewerkschaftskongreß beauftragt, für den

Zusammenschluß der Verbände zu Industrieverbänden

auf Grund der Einteilung der Betriebsrätezentrale einzutreten.

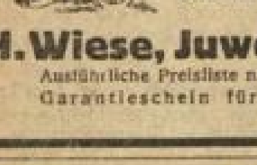
Dem Verbandsvorstand, dem Redakteur und dem Verbandsausschuß wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ziemlich warm und schwül, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich bei schwachen, vorherrschend südöstlichen Winden. Etwas Regen und Gewitterneigung.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell sicher u. schmerzlos Kukirol
In Apotheken u. besseren Drogerien erhältlich.
Gegen Fußschweiß und Wundlaufen Kukirol-Fußbad!

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.



Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehend
Trauringe
D.R.G.M.
1 Ring Dukatengold v. . . M. 250.- an
1 Ring 585 gestempelt v. M. 200.- an
1 Ring 333 gestempelt v. M. 100.- an
H. Wiese, Juwelier Berlin N, Artilleriestr. 30 BerlinW, Passauer Str. 12
Ausführliche Preisliste nach außerhalb gegen Rückporto.
Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt.

Pickel, Sommersprossen, Hautunreinigkeiten usw. werden schmerzlos, unmerkbar für die Umgebung, abgeschält durch echte Vater-Philipp-Schälkur, dannach kommt anmutige, junge, zarte Haut zum Vorschein. Laboratorium Dresden-Zschachwitz 146, in Berlin erhältlich bei Elefanten-Apotheke, Leipziger Straße.

Vorwärts-Inserate verbürgen Erfolg!

Gold Silber Platin Zahngebisse Bruch
Erich Fuhrmann
Gotzkowskystr. 13

Patente erwirken verwerten
Ing. Jaeger & Dr. Bruckner
Berlin, Gitschiner Straße 106c.
Broschüre und Beratung gratis.

Der kleine Jan
von Heinrich Schulz
Für Eltern und Kinderfreunde ein köstliches Buch. Künstlerischer Einband, mit vielen Textzeichnungen von T. Schalcher
Preis gebunden 15 Mark
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 2

„Vorwärts"-Ausgabestellen u. Inseraten-Annahme

Hauptexpedition: Berlin, Lindenstr. 3, Laden.
Zentrum: Ackerstr. 174, am Koppenplatz.
Westen: Steglitzer Str. 87, Ecke Magdeburger Straße.
Süden: Bärwaldstr. 62, an der Gneisenaustraße. — Prinzenstraße 31, Hof rechts parterre.
Osten: Markusstr. 36. — Petersburger Platz 4.
Südosten: Lausitzer Platz 14/15.
Nordosten: Immanuelkirchstr. 24.
Moabit: Wilhelmshavener Str. 48.
Wedding: Müllerstr. 84a, Ecke Utrechter Straße.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Waltstr. 9.
Gesundbrunnen: Bellianstr. 7.
Schönhauser Vorstadt: Greifenhagener Str. 22.
Adlershof, Alt-Glienicke: Frl. Walter, Adlershof, Genossenschaftsstr. 6, parterre.
Baumschulenweg: Frau Köpke, Kiefholzstr. 180, Laden.
Bernau, Röntgental, Zepernick, Schönbrück, Karow und Buch: Heinrich Brose, Bernau, Mühlenstr. 5.
Biesdorf: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Bohnsdorf: Horlemann, Genossenschaftshaus Paradies.
Buchholz, Blankenburg: Wagner, Blankenburg, Burgwallstraße 63.
Charlottenburg I: Sesenheimer Str. 1.
Charlottenburg II: Tauroggener Str. 11.
Charlottenburg III: Kaiserdamm 101.
Charlottenburg IV: Regensburger Straße 10.
Eggersdorf: Schönherr, Landsberger Str. 10.
Erkner: Albert Kernicke, Friedrichstr. 21.
Fichtenau: Kraetzke, Bismarckstr. 1.
Falkenberg: Salzmann, Falkenberg, Gartenstadtstr. 10.
Friedenau: Rheinstr. 27, Ecke Rönnebergstraße.
Fredersdorf-Petershagen: Uffenwalter, Petershagen.
Friedrichshagen: Hoffmann, Friedrichshagen, Kurze Straße 1.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Halensee, Grunewald: Halensee, Johann-Sigismund-Str. 13.
Hennigsdorf: Emmuial, Rathenaustr. 7.
Hohenneuendorf: Siegeris, Bismarckstraße.
Johannisthal: Alwin Gemmich, Bismarckstr. 5.
Karlshorst: Otto, Heiligenbergstr. 10.
Kaulsdorf: Liebig, Finsterberger Str. 14.
Königswusterhausen: E. Meyer, Potsdamer Str. 9.
Köpenick, Hirschgarten: Schlan, Kieker Str. 6 (Laden).
Lichtenberg I: Lichtenberg, Marienbergstr. 1.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: Lichtenberg, Boxhagener Str. 62.
Lichtenberg III, Friedrichsfelde: Frankfurter Allee 185, Laden.
Lichtenrade: Franz Wichura, Kaiser-Friedrich-Str. 9, Restaurant.
Lichterfelde-Ost, Lankwitz: H. Wenzel, Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 3.
Lichterfelde-West: Berndt, Steglitzer Str. 13.
Mahlsdorf: Emil Rausch, Lemkestr. 25.
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 29.
Marienfelde: Berliner Str. 143.
Neuenhagen: Wenske, Ziegelstr. 71.
Neukölln I: Neckarstr. 2.
Neukölln II: Siegfriedstr. 28/29.
Neukölln-Britz: Mittag, Britz, Chausseestr. 82.
Niederschöneweide: Schindler, Fennstr. 28.
Nowawes: Karl Krohnberg, Eisenbahnstr. 10.
Oranienburg: Heinr. Leonhardt, Stralsunder Str. 8.
Oberschöneweide: Robert Paul, Mathildenstr. 5.
Pankow: Aßmann, Mühlenstr. 70.
Potsdam: Kirste, Spandauer Str. 8.
Rahnsdorf: Teichert, Forststr. 7.
Reinickendorf-Ost, Schönholz: Albert Wahle, Provinzstraße 56 (Laden).
Reinickendorf-Rosenthal: W. Burs, Prinz-Heinrich-Str. 34.
Schmargendorf: Rehab, Breite Str. 4.
Schöneberg: Belziger Str. 27.
Senzig, Mittenwalde, Schenkendorf, Niederlehme, Neue Mühle, Zernsdorf, Cablow: Friedewald, Senzig, Chausseestr. 54.
Siemensstadt: Friese, Wöhlertsteig 10.
Steglitz: Zeitungs-Kiosk, Düppelstr. 41.
Spandau: Lindenufer 34.
Staaken: Hölzel, Eichenwinkel 16.
Südende: Ludwig, Halskestr. 36.
Tegel, Borsigwalde, Reinickendorf-West, Tegelort, Jorksfelde, Conradshöhe, Wittenau, Waidmannslust, Hermsdorf, Hohenneuendorf, Birkenwerder: Paul Kienast, Borsigwalde, Räuschstr. 10.
Teltow: Hösel, Ritterstr. 20.
Tempelhof: Kaiser-Wilhelm-Str. 13.
Tempelhof: Kaebler, Hohenzollernkorso 5.
Trebbin: Göring, Bahnhofstr. 62.
Treptow: Weiß, Kiefholzstr. 18b.
Weißensee: Greunke, Berliner Allee 54.
„ Gillmann, Carmen-Sylva-Straße 57.
Wildau-Hoherlehme: Rud. Tettow.
Wilhelmshagen, Hessenwinkel: Schulze, Wilhelmshagen, Wilhelmstr. 31.
Wilmersdorf: Holsteinische Str. 19, Tübinger Str. 2a.
Wittenau: Wilh. Zimmermann, Rosenthaler Str. 46.
Woltersdorf: Schurbaum, Eichendamm 22.
Zehlendorf, Schlachtensee, Nikolassee: Wegner, Zehlendorf, Teltower Str. 3.
Zeuthen, Miersdorf: A. Behling, Bahnhofstr. 2.
Zossen: Witt, Bahnhofstr. 25.

Sämtliche Literatur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Sonntags sind die Geschäftsstellen geschlossen.